Krakauer Zeitung.

Nr. 57. Samstag den 10. März 1866.

Die „Krakauer Zeitung" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. **Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.**

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt **Carl Budweiser.** — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: **Haasenstein & Vogler** in **Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg** und **Wien,** und Herr **Herzog** in **Lemberg.**

Amtlicher Theil.

Nr. 5563.

Die israelitische Cultusgemeinde in Przeworsk hat zur Erhaltung der vierclassigen Hauptschule in Przeworsk einen jährlichen Beitrag von Einhundert Gulden ö. W. zugesichert.

Diese gemeinnützige, die Hebung der Volksbildung bezweckende Leistung wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 4. März 1866.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome den österreichischen Generalconsul in Barcellona Victor Gibert in den Adelstand des österreichischen Kaiserstaates allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 28. Februar d. J. dem Schullehrer zu Weipert in Böhmen Franz Strunz in Anerkennung seines vieljährigen eifrigen und ersprießlichen Wirkens im Lehrfache das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. Februar d. J. dem Ortsrichter zu Moczerady in Galizien Nicolaus Dachowicz in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 10. März.

Die jetzige Devise der ungarischen Staatsmänner, schreibt man der „Bohemia" aus Pest, ist ausharren, den Platz nicht verlassen; durch längeres Laviren und geschickte Benützung des Moments hofft man denn doch ein Ziel zu erreichen; denn so viel sagt man sich, ein günstigerer Moment wie der gegebene kommt für Ungarn nie wieder. Das ist auch Deák's Idee, und mit voller Berechnung hält er einerseits an seinem Standpuncte fest, andererseits hütet er sich wohl, den Faden wie im Jahre 1861 für abgerissen zu erklären. Im Gegentheile hält er es für ein Gebot der gesunden Politik, ihn festzuhalten und fortzuspinnen. Der Versuch, ein besonderes ungarisches Ministerium, ein Ministerium, das verantwortlich und unabhängig ist (auf das letztere Adjectiv ist namentlich der Ton zu legen), zu erhalten, ehe man noch irgend eine Concession gemacht hat, ist fehlgeschlagen; fallen läßt man deßhalb die Sache doch nicht. In Verhandlung wird das Rescript genommen schon wegen des tractatus diaetalis; denn man muß ja die formellen Zugeständnisse festhalten, die darin gemacht werden und die ungarischen Ablegaten waren von jeher Meister darin, solche Formeln auszubeuten. Wie wußte man nicht bisher die sehr vage Zusicherung der pragmatischen Sanction zu benützen, in der Alles stehen soll, was man hundert Jahre nachher geschrieben und gemacht; in der man aber nie das findet, was wirklich darin steht, nämlich daß sie errichtet ist, damit zwischen Ungarn und den andern Erbländern eine Union und ein Gemeinverständniß bestehe, äußere Gewalt abzuwehren und innere Unruhen zu verhindern. Die Debatte über das Rescript wird zeigen, wie man die zugestandene verfassungsmäßige Unabhängigkeit als Rechtsmittel benützen wird. Wahrscheinlich wird diese Discussion auch Gelegenheit geben, daß die Führer nochmals vor den Augen der Nation ihren Standpunct kennzeichnen werden und selbst Deak hält dies für nöthig, ehe er sich bei den gemeinsamen Angelegenheiten in etwas einläßt, was auch nur im Entferntesten wie eine Concession aussieht; ohnedies suchen ja die radicalen Parteien seinen Nimbus dadurch abzuschwächen, daß sie sagen, er sei ein Tablabiro, was in Ungarn etwa denselben Klang hat, als wenn man in Deutschland von Professorenweisheit spricht. Das plötzliche Hineinspringen in die Debatte hat er jedoch klüglich verhindert, einmal, weil er eine aigrirte Discussion, einen Wortwechsel, wobei wahrscheinlich die Mitglieder des Unterhauses gegen einander losziehen könnten, vermeiden will; es liegt ihm daran, daß man nicht von Parteien in Ungarn spreche, daß vielmehr Ungarn in seinen Forderungen als nur eine Partei erscheine; dann aber fürchtet er doch bei den heißblütigen Naturen eine Ueberrumpelung. Vor dieser aber ist er bei der parlamentarischen Disciplin sicher, wenn früher in Commissionen und Parteiclubs Vorberathungen gehalten werden. Zugeben aber mußte er diese Berathung; sie war der Preis dafür, daß die Linke die Vorberathung der gemeinsamen Angelegenheiten nicht stören wollte, daß diese nicht dahin treiben den Faden abzureißen. Diesem Streben hat das Gerücht, die Regierung gehe damit um, den Landtag aufzulösen, einigermaßen entgegengewirkt. Das Mittelchen ist doch ein gefürchtetes und alle Jene, die sich im Landtage die politische Bahn eröffnet sehen, denken daran mit einem gewissen Zagen. Vor 14 Tagen hätte man allerdings gelacht, wenn man mit dieser Drohung gekommen wäre; heute hält man eine solche Eventualität nicht für unmöglich, ja man fällt gewissermaßen selbst darauf. Die Regierung denkt vor der Hand nicht daran, kann nicht daran denken; ihre feste Sprache hat indeß die Wirkung gethan, daß man nun weiß, man kann nicht Alles haben, wenn man es nur will.

Die „Gaz. nar." vom 7. d. bringt eine Pester Corr. über die gegenwärtige politische Constellation. Der Artikel beginnt mit folgenden Worten: „Seit Mittwoch (28. Februar) bin ich in Pest. Ich wollte euch gleich berichten, was hier geschieht, was hier im Anzuge ist, fand aber solch' ein Chaos, Ungewißheit und Verstimmung, daß, ohne hinter die Coulissen zu blicken, es schwer war, den Stand der Angelegenheiten zu verstehen. Um aber hinter die Coulissen zu blicken, dazu war Zeit nöthig. Die mündliche Antwort auf die Adressen hat zwar den Standpunct der Regierung und der Krone klar gemacht, es schien mir aber anfangs, daß bei solchem Standpuncte der Ausgleich zwischen dem Reichsrath und der Krone unmöglich sei. Bei näherer Anschauung bin ich jedoch gegenwärtig überzeugt, daß der Ausgleich, wenn auch nicht sobald, doch zu Stande kommen wird. Wenn sogar die Linke bereit ist, zu Gunsten des Königs jeden constitutionellen Einfluß des Volkes auf die Angelegenheiten, welche als gemeinschaftlich anerkannt wurden, aufzugeben, und sich mit der die übrigen Angelegenheiten betreffenden Autonomie zu begnügen, demnach auf den Parlamentarismus in den wichtigsten Angelegenheiten zu verzichten; sobald das Centrum, welches ¾ des ganzen Hauses ausmacht, die Nothwendigkeit einer Centralverhandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten einsieht, und nur in Betreff des Ausmaßes der gemeinschaftlichen Angelegenheiten ein Unterschied zwischen dem Centrum und der Rechte obwaltet; so ist nicht zu zweifeln, daß wenn auch die Unterhandlungen länger andauern, schließlich der Ausgleich zu Stande kommt. In Gruppen und einzeln, heißt es weiter, klagen die Deputirten über das k. Rescript und die darin ausgesprochenen Principien, im Ganzen und Allgemeinen sehen sie jedoch die Nothwendigkeit ein, diesen Weg einzuschlagen und fernerhin zu unterhandeln auch ohne Ministerium und ohne Krönung. In Hinsicht der Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten und deren Erledigung sind unter den Parteien große Unterschiede. Die Linke würde auf die Erledigung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten durch Delegationen, doch nicht stabile, sondern ad hoc berufene und abgesondert berathende, einwilligen. Das Centrum geht weiter. Die Delegation soll nach seiner Ansicht periodisch einberufen werden und ein Comité wählen, welches gemeinschaftlich berathet und, was es unter sich beschließt, jeder Delegation einzeln vorlegt. Wenn die Delegationen beider Hälften die Beschlüsse annehmen, ist die Sache geendigt; wenn sie nicht einwilligen, bilden dann beide Delegationen ein Parlament. Die Rechte würde noch weiter gehen und wäre dafür, daß die Delegation direct ins Parlament träte. Dies seien in kurzen Umrissen die Ansichten der verschiedenen Fractionen im ungarischen Landtag.

Die „Const. Oest. Z." kommt heute ebenfalls auf das „Glaubensbekenntniß" der deutschen Autonomisten zurück und spricht sich nach einigen polemischen Bemerkungen folgendermaßen aus: „Wir wollen, daß die einzelnen cisleithanischen Kronländer, beziehungsweise ihre gesetzlichen Vertretungen das Recht haben, ihre eigenen Angelegenheiten selbst und ausschließlich zu besorgen, daß die Summe dieser Vertretungen — gleichviel vorerst, denn das ist eine Frage zweiten Ranges, wie die Gesammtvertretung zu bilden — nur für diejenigen Angelegenheiten competent ist, welche die Natur der Dinge oder ein höheres politisches Interesse zu einer gemeinsamen Angelegenheit aller von ihnen vertretenen Länder stempelt und daß endlich und in dritter Stufe die gemeinsamen Angelegenheiten des Reiches einer beiden Hälften des Reichs gemeinsamen constitutionellen Behandlung unterzogen werden. Wir wollen, mit andern Worten, nicht decentralisirt haben, was nicht gemeinsam zu sein braucht. Die Decentralisation endlich und Centralisation wollen wir nur in constitutionellen Formen, in den Formen, deren Unantastbarkeit das feierliche Wort des Kaisers wiederholt bekräftigt und verbürgt hat."

Die „Kreuz-Ztg." theilt die Antwort Bismarck's an Rewentlow-Altenhof auf die Adresse der Neunzehn ddto. 2. März mit: Der König beklage mit den Unterzeichnern der Adresse, daß die Uebelstände des Provisoriums durch die aufregende Thätigkeit einer Partei gesteigert werde, deren Ansprüche rechtlich unbegründet und mit den Verträgen von Gastein und Wien nicht vereinbar seien. Des Königs Regierung sei bemüht, den durch jene Verträge geschaffenen Rechtszustand sicher zu stellen. Er hoffe, die Erreichung dieses Zweckes werde der Weisheit beider Monarchen gelingen. Er habe schon früher erklärt, daß er die Vereinigung der Herzogthümer mit der preußischen Monarchie für die vortheilhafteste Lösung halte. Das Ansehen der Adreßunterzeichner gibt der Thatsache, daß sie diese Meinung theilen, ein erhöhtes Gewicht und ermuthigt des Königs Regierung zu neuen Bestrebungen, um Oesterreichs Zustimmung zu dieser Lösung zu gewinnen und so die preußischen unter allen Umständen festzuhaltenden Ansprüche unter Bedingungen zu befriedigen, welche gleichzeitig die Wiederherstellung der einheitlichen Verwaltung der Herzogtümer herbeiführen und der Wohlfahrt der Herzogthümer Sicherheit verbürgen.

Der Inhalt des letzten österreichisch-preußischen Depeschenwechsels (vom 26. Januar und 7. Februar), schreibt man aus Wien, ist, wenn auch nur bruchstückweise, doch nach und nach so ziemlich vollständig an die Oeffentlichkeit gelangt; nur Eine Stelle hat man bisher mit Stillschweigen übergangen. Es ist die Stelle, in welcher die österreichische Antwort, freilich für das Provisorium, an dem Vertrage von Gastein festhalten zu müssen erklärt, gleichzeitig aber die volle Bereitwilligkeit ausspricht, zu jeder Stunde in die Erörterung etwaiger Vorschläge Preußens zur Herstellung eines Definitivums einzutreten. Es mag gestattet sein, gerade diese Stelle hier herauszuheben, weil neueste Mittheilungen andeuten möchten, daß man umgekehrt in Berlin einen Vorschlag Oesterreichs in der gedachten Richtung zu erwarten Grund habe. Oesterreich ist in der Herzogthümerfrage, weil es für sich in Schleswig-Holstein Nichts sucht, in der glücklichen Lage, die Dinge an sich herankommen lassen zu können, und es hat sicher keinen Anlaß, diese Lage seinem minder gut situirten „Verbündeten" gegenüber nicht auszubeuten.

Dem vielbesprochenen Cabinetsrath in Berlin wird nach den jetzt vorliegenden Berichten eine friedliche Bedeutung beigemessen. So schreibt ein Berliner Correspondent der „A. Z.": Wie ich aus guter Quelle erfahre, hat der vielbesprochene Cabinetsrath, ungeachtet seines demonstrativen Charakters, einen durchaus friedlichen Ausgang genommen, und das Ergebniß desselben bestand keineswegs in der Feststellung einer nach Wien zu richtenden „Sommation", sondern darin, daß der Kriegspolitik ein Halt geboten ist. Die preußische Politik hat sich seit jenem Tag also gewissermaßen aus der Offensive in die Defensive zurückgezogen, indem man sich hier jetzt darauf beschränken zu wollen scheint, die Unterzeichner der Annexionsadresse gegen die ihnen angedrohte gerichtliche Verfolgung zu schützen. Von großem Einfluß auf diese Entscheidung soll namentlich die Erwägung gewesen sein, daß das Tuileriencabinet für die Beobachtung einer stricten Neutralität doch keine ausreichende Bürgschaft gewähre, und die Haltung, welche die französische Regierung gegenüber den Adreßdebatten des gesetzgebenden Körpers beobachtete, hat allerdings gezeigt, daß diese Besorgniß keine ganz unbegründete war. In dem mehrerwähnten Cabinetsrath soll die Friedenspolitik besonders warm vom König und von dem diesseitigen Botschafter in Paris vertreten worden sein, wobei jedenfalls auch die inneren Wirren in Anschlag gebracht worden sind, die denn doch, wie man sich auch in den maßgebenden Kreisen nicht verhehlen kann, nicht ganz unbeachtet gelassen werden dürfen.

Ueber die Berufung des FZM. Benedek nach Wien wird der officiellen „Prager Ztg." aus Wien geschrieben: Es wird bestätigt, daß FZM. v. Benedek hieherberufen worden sei, doch kann diese Berufung durchaus nichts Auffälliges haben, denn es ist natürlich, daß man, nachdem in Berlin ein förmlicher Kriegsrath gehalten worden, auch hier militärische Berathungen pflegt, zumal mit dem Chef der italienischen Armee, denn daß gewisse Beziehungen zwischen Berlin und Florenz obwalten, läßt sich nicht leugnen. Eine gewisse Vorsicht ist mithin, wenn man auch gar keine Ursache hat, an ernste Eventualitäten zu glauben, immerhin geboten. Zu dem Glauben an einen kriegerischen Conflict ist aber jetzt um um so weniger Ursache vorhanden, als man in Berlin vollständig „abgewiegelt" und Graf Bismarck bei Hofe in der That mit seinen Actionsplänen nicht durchgedrungen zu sein scheint.

Auf die Rodomontaden Berliner officiöser Lithographien antwortet in sehr vernünftiger Weise die „H. B.-H.". Ist es wohl möglich, sagt sie, daß es in Berlin Leute gäbe, welche sich in der Illusion wiegen, Oesterreich werde in einem Augenblick, wo es seine politische Position nach Außen kleinmüthig zu beurtheilen keinen Grund hat, gutwillig dem Gasteiner Vertrage den Abschied geben und Sack und Pack in Holstein Preußen überlassen? und dies, weil Preußen in Bezug auf Herstellung des Definitivums genau formulirte Garantien bietet. Hier gibt es nicht die Leute, die so etwas glauben und sich von Flunkereien, wie die angeblich angebotenen preußischen Garantien in Bezug auf das Definitivum, imponiren lassen. — Die Antwort entspringt angeblich officiöser Quelle.

Ein Pariser Correspondent der „Independance," welcher die Ankunft des Grafen v. d. Goltz in Paris meldet, will wissen, daß derselbe Nachrichten aus Berlin gebracht habe, welche auf das Eintreten einer Epoche des Ablenkens von der Politik des Wagens hindeuteten und behauptet, daß wohl die Debatten im legislativen Körper durch ihren moralischen Eindruck zu dieser Wendung beigetragen hiben dürften. Der Pariser Correspondent dachte nicht daran, daß, als die Debatten, die er vor Augen hatte, stattfanden, die Beschlüsse in Berlin schon gefaßt waren. Uebrigens waren auch die Debatten nicht der Art, um die preußische Regierung in der Verfolgung ihrer Politik bedenklich machen zu können.

Der „Hamburger Correspondent" meldet: Eine bei dem Hamburger Buchhändler Boyes und Geißler eben erschienene Broschüre, welcher man einen preußischen Ursprung zuschreibt, versucht nachzuweisen, daß beide Großmächte befugt seien, Hamburg, Lübeck und das Oldenburger Fürstenthum Lübeck als Dependenzen der ihnen abgetretenen Elbherzogthümer ohne Weiteres zu annectiren.

Wir brachten kürzlich die Nachricht, Preußen habe das Saarbrückener Kohlenrevier an Frankreich verpachtet. Aus Saarbrücken wird darüber den „K. Bl." Folgendes geschrieben: Was man erzählt, daß Graf v. Bismarck bereits im vorigen Sommer auf seiner vielbesprochenen Biarritzer Badereise mit Napoleon in Paris darüber unterhandelt habe und nunmehr in Bezug hierauf der preußische Gesandte, Graf v. d. Goltz, seine letzte Reise von Paris nach Berlin unternommen habe, sind wohl nur windige Conjecturen; ebenso daß die preußische Regierung die Werke abtreten wolle gegen eine Entschädigung von einhundert Millionen Thaler (4 Percent des Reinertrages, auf den die Bergwerke in nicht mehr ferner Zeit gebracht sein können), und zwar unter der Bedingung, daß Frankreich der preußischen Regierung freie Hand in Schleswig-Holstein lassen solle, wogegen beide Mächte gemeinschaftlich Oesterreich Venetien garantiren würden, um dieses hierdurch mit seinen Ansprüchen abzufinden. Wenn der beabsichtigte Verkauf der Bergwerke zu Stande käme, so liegt klar am Tage, daß derselbe nur ein Vorspiel sein würde für die Abtretung des betreffenden Territoriums selbst. Uebrigens waren die Kreise Saarbrücken und Saarlouis, worin die meisten Werke liegen, ursprünglich (bei der ersten Theilung) Frankreich zuerkannt gewesen und kamen erst nach der zweiten Theilung an Preußen.

Der Pariser „Moniteur" hat, wie wir gestern gemeldet haben, die Mittheilung gebracht, daß der Vorschlag Frankreichs zur Regulirung der Donaufürstenthümerfrage sogleich eine Diplomaten-Conferenz in Paris zu vereinigen, von fast allen Regierungen angenommen wurde. Zwei der gewichtigsten Mächte dürften in diesem Register fehlen. An einer Conferenz theilzunehmen, welche nach den officiösen Pariser Andeutungen berufen ist, sich zu einem Weltcongresse zu entpuppen, dürfte z. B. England heute so wenig als im December 1864 geneigt sein. Auch Rußland wird, wie wir schon vor Längerem meldeten, Schwierigkeiten erheben, was auch heute ein Bericht der „N. Fr. Z." bestätigt, welche schreibt: „Das Petersburger Cabinet, welches in der Ausrufung eines Regenten der Fürstenthümer durch die moldau-wallachische Kammer eine Verletzung der in der Convention von 1858 festgesetzten Stipulationen erblickt, hat sich dahin erklärt, in der Donaufürstenthümerfrage ganz denselben Standpunct einzunehmen, wie die Pforte und entschlossen zu sein, in Uebereinstimmung mit derselben vorzugehen. Diese Erklärung soll Fürst Gortschakoff sofort nicht nur dem Vertreter der Pforte in Petersburg, sondern auch den russischen Gesandten in Constantinopel (General Ignatieff), Wien, Paris, London, Berlin und Florenz mitgetheilt haben, um dieselbe zur Kenntniß der betreffenden Regierungen zu bringen. Nachdem Oesterreich, Frankreich und England sich bereits für Aufrechthal-

tung der territorialen Integrität der Pforte ausgesprochen haben, ist die erwähnte Kundgebung Rußlands um so bedeutsamer."

Ein Pariser Telegramm des „Frdbl." vom 8. d. meldet: In hiesigen diplomatischen Kreisen wird an die Candidatur des Prinzen Nicolaus von Nassau für den rumänischen Thron nicht geglaubt. Auch perhorrescirt man sie in den Tuilerien, wo man russische Absichten hinter derselben vermuthet. Dagegen wird jetzt Prinz Murat als präsumtiver Candidat genannt.

Alle Privatnachrichten aus der Moldau bekräftigen, was man sich gleich nach der Revolution sagen mußte, daß die Union der Donaufürstenthümer gefährdet sei. In Jassy ist, wie leicht erklärlich, der Herd der separatistischen Agitation. Die Moldau und insbesondere die Hauptstadt dieses Landes haben durch die Vereinigung mit der Walachei zu viel verloren, um nicht die geringste Gelegenheit zur Lösung des bitter bereuten Bundes mit voller Energie benützen zu sollen, und die Moldau hat jetzt die besten Aussichten, von dem Nachbarlande loszukommen. In dem Wunsche nach Lösung der Union sind die Pforte und Rußland einig, ja der russische Consul hat Gregoriu Stourdza noch vor seiner Abreise nach St. Petersburg die feierliche Zusage gegeben, ihm die Unterstützung seiner Regierung, falls es die Moldauer zufrieden wären, ihn zum Fürsten zu erhalten, zu verschaffen. Es ist nicht leicht denkbar, daß sich Oesterreich und selbst Frankreich einer Combination widersetzen werden, welche den status quo ante wieder herstellt und die Gefahren mindestens nicht vermehrt. Während Stourdza und Bibesko auf russischen Schutz zu hoffen hätten, soll man dem Letzteren in Paris nicht eben geneigt sein, sondern für die Walachei eher Ghika oder Stirbei in Aussicht nehmen. In Constantinopel wird man jede Wahl gerne bestätigen, welche keine neuen Verlegenheiten zu bereiten droht.

„Fremdenblatt", „Morgenpost" und „Neues Fremdenblatt" polemisiren energisch gegen den (gestern an dieser Stelle erwähnten) Vorschlag des „Vaterland", Oesterreich möge behufs der Lösung der orientalischen Frage ein enges Zusammenwirken mit Rußland und Preußen anstreben.

Was von angeblichen Anstrengungen des Bundes verlauten will, die Zuziehung eines Bundesbevollmächtigten zu der Conferenz durchzusetzen, welche in Angelegenheiten der Donaufürstenthümer zusammentreten wird, um auf dieser Conferenz die schleswig-holsteinische Frage anzuregen, ist augenscheinlich ganz aus der Luft gegriffen, denn dem Bunde fehlt der einzige Titel, aus welchem er die Zuziehug zu einer Conferenz verlangen könnte, er ist keine der Mächte des Pariser Vertrages. Dagegen scheint man, wenn man besonders notiren zu müssen glaubt, daß auch Italien sich an der Conferenz betheiligen werde, ganz zu vergessen, daß auch Italien zu jenen Vertragsmächten gehört und daß es also so gut wie jede andere Vertragsmacht das Recht hat, bei den bevorstehenden Verhandlungen vertreten zu sein.

Aus Czernowitz, 8. d., meldet ein Telegramm des „N. Frdbl.": Die Nachricht eines Wiener Blattes, daß der Uebergang der russischen Armee über den Pruth bereits begonnen habe, ist grundfalsch. Im Gegentheil haben sich die Truppen vom Pruth in die größeren Ortschaften zurückgezogen, und längs dem Pruth ist nur ein Militärcordon geblieben. Ein höherer russischer General hat gestern denselben im benachbarten Lipkany inspicirt.

Der „Indep. belge" wird aus Belgrad, 6. März, telegraphirt, daß alle Gerüchte von außerordentlichen Maßregeln der serbischen Regierung an der Donau falsch seien. Es herrsche in Serbien die größte Ruhe. Die Nachrichten über Agitationen in den slavischen Provinzen der Türkei werden gleichfalls als unbegründet bezeichnet.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England in Betreff des gekündigten Auslieferungsvertrags sind wieder aufgenommen worden. Frankreich hat sich herbeigelassen die Wirkung seiner Kündigung aufzuheben, um den beiden Cabineten Zeit zu gewähren, sich über ein Abkommen zu verständigen.

Der am Tuilerienhof beglaubigte Monsignore Chigi hat um einen längeren Urlaub nachgesucht, um sich auf einige Zeit nach Rom begeben zu können, doch wurde der Gesuchsteller abschlägig beschieden.

Der russische Geschäftsträger in Rom, Herr von Meyendorff, schreibt man der „Const. Vorst.-Z.", hat von seiner Regierung einen mehrmonatlichen Urlaub verlangt und wird denselben zur Heimreise nach St. Petersburg und längerem Aufenthalte in dieser Stadt benützen. So viel man j tzt erfährt, handelte Herr v. Meyendorff in Bezug auf die veranlassende Ursache des obwaltenden Conflictes nicht aus eigener Eingebung, sondern auf bestimmten Befehl seiner Regierung. Er war noch in der letzten Zeit bemüht, die russische Staatsverwaltung zu milderen Maßregeln gegen den Katholicismus zu bewegen und auf Grund einer solchen Thatsache die abgebrochenen Beziehungen zum heil. Stuhl wieder anknüpfen zu können. Erst nachdem Meyendorff ohne jeden Bescheid blieb, suchte er den erwähnten Urlaub an.

König Victor Emanuel hat 1 Mill. Francs für das sogenannte „Consorzio nazionale" zur Tilgung der Nationalschuld gezeichnet. Ein Correspondent eines französischen Blattes sagt über dieses Project: Die Rechner, die Banquiers, die ernsten Leute zucken die Achseln und rechnen. Sie behaupten, wenn täglich eine Million gezeichnet würde, so könnten erst in tausend Tagen eine Milliarde gezeichnet sein und würde erst in dreizehn Jahren die Summe beisammen sein, welche zur Bezahlung der italienischen Schuld erforderlich ist. Wenn aber die Sache wie bisher fortgeht, so könnte man nicht vor 50 Jahren den Zweck erreichen, der angestrebt wird, vorausgesetzt, daß der Enthusiasmus fünfzig Jahre lang anzudauern vermöchte.

Wie erwähnt, sollen nach dem „Avenir National" neue militärische Aufstände in Spanien ausgebrochen sein. Die Garnison von Ciudad-Rodrigo soll sich empört haben und nach Portugal übergetreten sein. Die spanische Regierung verlange von Portugal deren Auslieferung. In Alcala hätten ebenfalls neue Aufstandsversuche stattgefunden und in Barcelona sei in Folge der Erschießungen die dortige Bevölkerung fortwährend in einem höchst aufgeregten Zustand. In den Cortes weise selbst die reactionäre Partei O'Donnells Projecte als zu reactionär zurück.

Wie Pariser Blätter melden, ist Prim bereits in London angekommen.

Die außerordentliche Sitzung des Nationalcongresses in Chili, der am 11. October v. J. zusammenberufen war, ist am 3. Jänner durch ein Decret des Präsidenten der Republik geschlossen worden. Der zwischen Peru und Chili abgeschlossene Allianzvertrag war noch vorher dem Congresse zur Genehmigung vorgelegt worden. Zwischen Chili und Uruguay hat der Abbruch der diplomatischen Beziehungen stattgefunden, weil letzterer Staat die Ausrüstung chilenischer Kaper in den uraguayitischen Häfen nicht gestatten wollte.

Der Cabinetschef des Kaisers Maximilian, Eloin, ist am 7. d. in Brüssel eingetroffen.

Zu den Angaben über die Beschlüsse der Karlsruher Postconferenz ist noch zu bemerken, daß die beschlossenen Erleichterungen nur den Postverkehr zwischen den Gebieten der einzelnen Mitglieder des einzelnen Postvereins betreffen, daß es aber jedem Mitgliede unbenommen bleiben solle, den internen Verkehr auf seinem eigenen Gebiete, unabhängig von jenen Bestimmungen, nach den eigenen Landesbedürfnissen zu regeln, namentlich in den Erleichterungen noch weiter zu gehen.

Entgegen der Meldung, nach welcher die zum Schutze der österreichischen Handelsinteressen projectirte ostasiatische Expedition vorläufig auf einige Monate vertagt worden sei, kann die „Gen.-C." versichern, daß von einer solchen Vertagung dieser Seeexpedition in den maßgebenden Kreisen gar nicht die Rede gewesen.

Ein Hamburger Telegramm des „N. Frdbl." vom 8. d. meldet: Die zur Reise nach China und Japan bestimmte österreichische Schrauben-Corvette „Erzherzog Friedrich" segelt zufolge telegraphischer Ordre aus Wien von Kiel nach Hamburg, statt auf die Bocks nach Bremerhafen, und bleibt daselbst stationirt, bis die Verhältnisse sich wieder gestalten. Falls ein Kriegsfall eintritt, unterbleibt die Expedition nach China und Japan vorläufig. In militärischen Kreisen zu Altona hält man die Möglichkeit eines Krieges zwischen Oesterreich und Preußen nicht für abgewendet. Dafür sollen gewisse von Wien aus angeordnete Maßregeln sprechen.

Landtagsangelegenheiten.

[44. Sitzung des galizischen Landtages am 6. März 1866.]

Der Landmarschall Fürst Leo Sapieha eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr Vorm.

Anwesend: 137 Abgeordnete. Von Seite der Regierung anwesend: der Regierungs-Commissär k. k. Hofrath Ritter v. Possinger.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protocolls der letzten Sitzung wurde eine Zuschrift des k. k. Statthalterei-Präsidiums vom 6. d. M. des Inhalts vorgelesen, daß Se. k. k. Apostolische Majestät mit a. h. Entschließung vom 2. d. M. den Schluß der Session des Landtages des Königreichs Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogthum Krakau am 28. März 1866 anzuordnen geruht haben.

Diese Zuschrift wird vom Hause zur Kenntniß genommen. Der Landmarschall fordert mit Rücksicht auf den nahen Landtagsabschluß die Commissionen auf, wenigstens die wichtigsten Gegenstände mit Beschleunigung auszuarbeiten, um selbe der Berathung unterziehen zu können. Zu den dringendsten Angelegenheiten zählt der Landmarschall die Gemeindeordnung, die Arbeiten der Budgetcommission, das Gemeinde-Statut für die Stadt Lemberg und alle Regierungsvorlagen, deren Erledigung vom Hause mit Ungeduld erwartet werde.

Hierauf wird dem Abg. Grocholski ein 14tägiger und dem Abg. Lipczyński und Dr. Reizner ein achttägiger Urlaub ertheilt.

Die neuerdings eingelaufenen Petitionen werden gelesen; die letzte derselben trägt die Zahl 1929. Einige Petitionen werden sogleich an die betreffenden Commissionen überwiesen.

Abg. v. Boczkowski beantwortet im Namen des Landesausschusses die Interpellation des Dr. Zyblikiewicz in der Angelegenheit der Uebernahme der Graf Skarbek'schen Stiftung in die Verwaltung der von dem Stifter eingesetzten Organe und erklärt, daß diese Uebernahme, wie bekannt, von der Bestätigung der Instruction für den Curator und den Verwaltungsrath, welche der Landesausschuß noch im October 1863 dem k. k. Statthalterei-Präsidium im Zwecke der Erwirkung der Bestätigung vorgelegt hat, abhängig war. Diese Bestätigung hat das h. Staatsministerium am 14. Jänner d. J. ertheilt und der Landesausschuß hat die genehmigte Instruction mittelst der Zuschrift der k. k. Statthalterei vom 4. Februar l. J. mit der Eröffnung erhalten, daß gleichzeitig Se. Exc. der Fürst Carl Jabłonowski als Stiftungs-Curator aufgefordert wurde, sich nach Lemberg persönlich zu begeben, um die Verwaltung der Stiftung instructionsmäßig gemeinsam mit dem Verwaltungs-Rathe zu übernehmen. Privatnachrichten zufolge wird die Ankunft des Fürsten Jabłonowski täglich erwartet. Es ist daher die Hoffnung vorhanden, daß diese das Land so sehr interessirende Angelegenheit ohne weitere Hindernisse bald erledigt sein wird. (Bravo.)

Zur Tagesordnung übergehend legt der Abg. v. Gniewosz den Bericht der Administrativcommission über den Antrag des Abg. Kaczała u. A. in Betreff der Aufhebung der Befugnisse zum Rauchfangkehrer-Gewerbe in den Dörfern vor.

Die Commission beantragt: „Der h. Landtag wolle beschließen: 1. über den Antrag des Abg. Kaczała, insoweit er die Befreiung des Rauchfangkehrer-Gewerbes in den Dörfern von der Concessionsertheilung betrifft, zur Tagesordnung zu übergehen. 2. Das k. k. Statthalterei-Präsidium aufzufordern, damit die Bezirksämter beauftragt werden, fleißig darüber zu wachen, daß die Dorfgemeinden und Dorfbewohner in der freien Verwendung der Rauchfangkehrer in keiner Hinsicht eingeschränkt werden."

Zu Punct 2 dieses Antrages stellt Abg. Hebda das Amendement, damit die Bezirksämter beauftragt werden, fleißig darüber zu wachen, daß die concessionirten Rauchfangkehrer sich der Dorfgemeinde nicht aufdringen, wenn sie nicht früher mit der Gemeinde einen Vertrag abgeschlossen haben, ferner daß die Bezirksämter darüber wachen, daß die Dorfgemeinden und Dorfbewohner in der freien Verwendung der Rauchfangkehrer in keiner Hinsicht eingeschränkt werden.

Der Antrag der Commission wurde sammt dem Amendement des Abg. Hebda angenommen und gleich in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Abg. v. Agopsowicz legt hierauf den Bericht der Administrativcommission über die Maßregeln gegen die Ausbreitung der Rinderpest vor.

Die Commissions-Anträge schlagen dem Landtage vor, der k. k. Regierung die Vorschriften anzuempfehlen, welche in folgenden drei Abschnitten enthalten sind: A. Ueber die Contumaz, B. Ueber den Schmuggel, C. Ueber die Unterdrückung der Seuche.

Nach Eröffnung der Generaldebatte ergreift der Herr Regierungscommissär das Wort und erklärt, die Regierung werde die in den ersten zwei Abschnitten des Commissionsantrages gemachten Anträge in Betreff der Verschärfung der bestehenden Vorschriften im Zwecke der Verhinderung der Ausbreitung der Rinderpest und in Betreff der Hinausgabe neuer Vorschriften zu demselben Zwecke einer eingehenden Prüfung unterziehen und nach Thunlichkeit berücksichtigen. Die Regierung theilt nämlich mit der Commission die Ueberzeugung, daß je drohender die Gefahr der Calamität ist, desto strengere Maßregeln zur Abwehr derselben erforderlich sind. Anbelangend den dritten Abschnitt in Betreff der Aufstellung sogenannter Inspectoren, welche aus der Mitte der Gutsbesitzer zu wählen wären, wird die Regierung die Mitwirkung der Gutsbesitzer zur Unterdrückung der Rinderpest mit Anerkennung annehmen, weil auf diese Art die Befolgung der Vorschriften durch die zu diesem Zwecke aufgestellten Organe mit gewisserem Erfolge sichergestellt wird. Dies wird auch auf die ganze Bevölkerung günstig einwirken, namentlich auf die Gränzbewohner, und wird dieselbe aneifern zur Mitwirkung und Unterstützung der Maßregeln gegen die Calamität, von welcher sie gewöhnlich am empfindlichsten betroffen wird. Auf diese Weise läßt sich das Ziel am erfolgreichsten erreichen. (Bravo.)

Ueber Antrag des Abg. Borysikiewicz wird beschlossen, über einen jeden Abschnitt abgesondert zu berathen.

Der erste Abschnitt über die Contumaz, welcher 11 Puncte enthält, wird mit geringen Aenderungen nach dem Commissionsantrage angenommen.

Der Antrag des Abg. v. Krzeczunowicz, über den zweiten Abschnitt in Betreff des Schmuggels zur Tagesordnung zu übergehen, weil die in diesem Abschnitte enthaltenen Bestimmungen den hierländigen Viehhandel beeinträchtigen würden, wurde verworfen.

Die betreffenden Puncte dieses Abschnittes wurden mit einem wesentlichen Amendement des Abg. v. Wężyk angenommen, welches Amendement dahin geht, daß die Einführung der Aufnahme des Viehstandes und die Hinausgabe von Certificaten nur auf den 5 Meilen langen Gränzstrich von dem entferntesten südlichen Puncte bis zum Bug-Flusse beschränkt werde.

Die weitere Discussion über diesen Gegenstand wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. — Die Sitzung wird um 3 Uhr Nachmittags geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die Maßregeln gegen die Rinderpest; Bericht der Commission über den Antrag des Abg. Stempek in Betreff der Reisekosten der Pfarrvicäre; Bericht der Commission über die Gf. Skarbek'sche Stiftung in Drohowyże.

Seit 18. Februar l. J. wurden als rückzuzahlende Unterstützung angewiesen: für die Bezirke Hussiatyn, Zaleszczyki, Stanislau, Tyśmienica je 5000 fl., Budzanow, Wojniłow, Podhajce je 2000 fl., Czortkow, Buczacz, Halicz je 12,000 fl., Przemyśl, Radymno, Manasterzyska, Założce je 3000 fl., Śniatyn, Kuty, Przemyślany je 10,000 fl., Kolomea 8500 fl., Brzeżany 12.500 fl., Delatyn 13.000 fl., Kosów 7000 fl., Horodenka 14.000 fl., Obertyn 6000 fl., Jazłowiec 8000 fl., Dolina 1000 fl. und Peczeniżyn 4000 fl., zusammen 179,000 fl. ö. W. Als nicht rückzuzahlende Unterstützung für die Bezirke: Hussiatyn, Stanislau, Kolomea, Buczacz, Wojniłow, Halicz, Horodenka, Podhajce, Jazłowiec und Dolina je 500 fl., Budzanow, Radymno, Manasterzyska, Sołotwina, Śniatyn, Delatyn, Kosów, Obertyn und Peczeniżyn je 1000 fl., Przemyśl 1500 fl. und Założce 200 fl., zusammen 15,700 fl. ö. W. Diese mit der obangeführten und der früher vor dem 18. Februar ausgegebenen Summe von 121.000, macht den Gesammt-Betrag von 315.700 fl. ö. W. aus.

Wie die „Pester Corr." meldet, hielt die Neuner-Commission zur Berathung des Rescriptes am 6. d. ihre erste Sitzung, welche eine vollständige principielle Einigung der Commissionsmitglieder zum Resultat hatte. — Deak und Csengery arbeiteten bereits gestern Vormittags, so wie Nachmittags unausgesetzt an dem Entwurfe der zweiten Adresse des Hauses. Es besteht die Absicht, letztere so bald als möglich zu unterbreiten, und in Folge dessen sieht man der Beendigung dieser Arbeiten schon in der kürzesten Frist, wie verlautet, schon mit Ende dieser Woche entgegen. Wie die „Pester Corr." ferner wissen will, wird besonders jenem Theile des Allerhöchsten Rescripts, der auf die vorherige Revision der 1848er Gesetze dringt, eine eingehendere Beantwortung zu Theil werden; einige Cardinalpuncte dürften jedoch blos angedeutet und deren ausführlichere Behandlung der 52er Commission zur Berathung der gemeinsamen Angelegenheiten zugewiesen werden.

Telegraphische Landtagsberichte.

Lemberg, 8. März. Rydzowski referirt Namens der Landesfondscommission in Sachen der gräflich Skarbek'schen Stiftung. Der Antrag der Commission geht dahin, von der Regierung Ersatz zu verlangen für die aus dem Fonds dem deutschen Theater in Lemberg zugewendeten Summen, diese Stiftung von der Erhaltungspflicht des deutschen Theaters zu befreien; ferner an Se. Majestät die Bitte um Einziehung des betreffenden Privilegiums zu unterbreiten; hiemit soll der Landesausschuß betraut werden. Der Regierungscommissär spricht gegen diese Vorlage; dieselbe wird schließlich angenommen. — Nächste Sitzung Samstag.

Prag, 8. März. Schary und Genossen beantragen, der Landtag wolle Se. Majestät bitten, Prag als Festung aufzulassen. Die Regierung bringt eine neue Vorlage eines Gesetzentwurfs, betreffend die Kundmachung der Landesgesetze in Böhmen, ein. Hierauf wird die Verhandlung über das Pensionsnormale für die Landesbeamten beendet und das betreffende Gesetz in dritter Lesung angenommen. Sodann kommt das Kirchenconcurrenzgesetz zur Verhandlung. Die Ausschußmajorität (Referent Hanisch) beantragt: In Erwägung, daß die Uebertragung der Patronatslasten ohne gleichzeitige verhältnißmäßige Uebertragung der Patronatsrechte unzuläßig sei, daß die Uebertragung der kirchlichen Baulast ohne gleichzeitige Einräumung der Mitverwaltung des Kirchenvermögens unzuläßig sei, daß die Leistungsfähigkeit der Gemeinden eine Steigerung nicht verträgt, im Gegentheile die Schonung der Steuerkraft eine gebieterische Nothwendigkeit sei, daß die Regierungsvorlage demgemäß weder den allgemeinen Rechtsanforderungen entspreche, noch gegenwärtig opportun sei, geht der Landtag über die Regierungsvorlage zur Tagesordnung über. Die Ausschußminorität (Referent Fürst Georg Lobkowitz) beantragt die Tagesordnung, nachdem in der vorgerückten Sessionszeit eine erfolgreiche Berathung und Beschlußfassung unmöglich sei, beantragt jedoch gleichzeitig, die Erwartung auszusprechen, die Regierung werde in der nächsten Session ein Kirchenconcurrenzgesetz vorlegen. Für die Majorität sprechen P. Matouschoski, Brinz und Sladowsky; für die Minorität sprechen Bischof Jirsik, Graf Leo Thun und der Regierungsvertreter Bach, welcher die Annahme des Minoritätsantrages wünscht, damit nicht einer principiellen Erledigung der Frage vorgegriffen werde. Der Minoritätsantrag wird abgelehnt. Der Majoritätsantrag wird bei namentlicher Abstimmung mit 84 gegen 83 Stimmen abgelehnt. In der morgigen Sitzung Fortsetzung der Verhandlung über das Kirchenconcurrenzgesetz.

Pest, 8. März. An authentischer Quelle hält man es für wahrscheinlich, daß der Adreßentwurf der Neuner-Commmission dem Hause am nächsten Montage vorgelegt werden wird.

Agram, 8. März. Ueber Perkovac' Antrag wurde beschlossen, daß der erste Vicepräsident Dr. Suhaj den Ban frage, ob wegen Vertagung oder Auflösung des croatischen Landtages eine Allerhöchste Anordnung herabgelangt sei, um danach die Tagesordnung der zu behandelnden Gegenstände präcisiren zu können. — Die Repräsentation an Se. Majestät mit der Bitte um baldige Concessionsertheilung zur Errichtung einer Escomptebank für Croatien und Slavonien wurde angenommen. — Hierauf Fortsetzung der Debatte über das königliche Rescript vom 27. Februar. Punct 1 des Comitéberichtes, daß eine aus zwölf Personen bestehende Deputation nach Pest zu entsenden sei, wurde angenommen. Anläßlich der Frage, ob diese Deputation mit einer Instruction zu versehen sei, entstand eine lebhafte Debatte und wurde die Frage im bejahenden Sinne entschieden. — Hierauf las Cardinal Haulik ein längeres Exposé bezüglich der gemeinsamen Angelegenheiten. — Montag Sitzung.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 8. März. Se. k. k. Apostolische Majestät haben heute Vormittags Privataudienzen zu ertheilen geruht.

Se. k. Hoheit Herzog von Modena wird heute von Venedig hier eintreffen.

Se. Hoheit Herzog von Nassau trifft heute Morgens hier ein und nimmt sein Absteigequartier im Hotel Munsch.

FZM. Ritter v. Benedek wird acht Tage hier verweilen, während welcher Zeit mehrere militärische Berathungen stattfinden werden.

Der ehemalige Statthalter von Ungarn, FML.

Graf Palffy, ist vorgestern aus Pest hier angekommen.

Ein Prager Telegramm des „N. Frdbl." vom 8. d. meldet: Der gewesene Polizeidirector Ullmann ist zum Statthaltereirath designirt und wird der Prager Statthalterei zugetheilt. Seine Enthebung vom Polizeidirectorat erfolgte nur wegen Mangel an Energie gelegentlich der letzten Pöbelexcesse.

Dem „Frdbl." wird aus Prag, 8. d., tel. gemeldet: Des Polizeidirectors Ullmann Suspension wird von czechischer Seite zu Demonstrationen benützt werden. Eine Deputation wird beim Staatsminister seine Ehrenrettung befürworten.

Wie der „Pr." mitgetheilt wird, fand am 5. auch in Beneschau ein Exceß gegen die dortigen Juden statt.

Der amtlichen „Prager Zeitung" wird aus Beraun vom 6. d. M. geschrieben: Heute Nachts fiel in Tmain bei Beraun ein arger Exceß vor. Gegen 11 Uhr kamen nämlich drei Vagabunden zu dem Laden des dortigen israelitischen Händlers, klopften und verlangten Einlaß. Als man ihnen öffnete, forderten sie anfangs Schnaps, später Geld und bekamen auch beides; als sich ihnen aber noch fünf Spießgesellen anschlossen, steigerten sie ihre Forderungen und sie erhielten auch von dem bedrängten Manne 10 fl. Nun entfernten sie sich zwar, doch sollte sich auch bei ihnen der Spruch, daß der Appetit beim Speisen kommt, bewähren; wenigstens kehrten sie bald wieder, öffneten mit Gewalt den Laden und machten sich nun ans Plündern desselben. Der Lärm rief bald auch die Dorfbewohner wach; wahrhaft empörend ist aber, wenn man hört, daß der Gemeindevorsteher und die Insassen dem Verbrechen unthätig zusahen; nur ein junger Mann, ein Fleischergeselle, zeigte sich entschlossen, den Plünderern das Handwerk zu legen, wurde aber dafür von ihnen mißhandelt. Ein Theil der Uebelthäter zog dann gegen Suchamast an und wollte dort eine ähnliche Schandthat ins Werk setzen, wurde aber daselbst von dem Gemeindevorsteher und einigen Insassen vertrieben. In Folge dieser Ereignisse wurde eine Abtheilung Soldaten nach Tmain entsendet, wo die Untersuchung im Zuge ist auch schon ein Rädelsführer des Excesses verhaftet wurde.

Cusa's Effecten wurden mittelst des Segelschiffes „Alexander Ivan" auf österreichisches Gebiet gebracht und dürften bereits in Pest eingetroffen sein. Cusa wird einige Tage in Pest und kurze Zeit in Wien verweilen, und sich dann nach Ems begeben.

Bei der deutsch-schweizerischen Creditanstalt zu St. Gallen sollen im Namen mehrerer Verehrer des Landeshauptmannes v. Froschauer aus Vorarlberg 17.500 fl. in österreichischen 5percentigen Staatspapieren als „v. Froschauer'scher Pensions-Ergänzungsfond" hinterlegt worden sein. Herr v. Froschauer wurde bekanntlich nach zurückgelegtem 39. Dienstjahre mit zwei Dritteln seines Gehaltes pensionirt, weil er den ungehörigen Demonstrationen des Vorarlberger Landtags nicht kräftig genug entgegengetreten ist. Das letzte Drittel war ihm auf diese Weise ersetzt.

In Padua fängt schon wieder der Petardenspectakel an und wurde neuerdings verflossenen Samstag eine Petarde vor das k. k. Provincialstrafhaus gelegt, die mit einer kanonenschußartigen Detonation explodirte.

Deutschland.

General Manteuffel hat, wie aus Kiel, 8. d., gemeldet wird, auf seiner Rückreise von Berlin eine längere wichtige Conferenz mit dem General Gablenz gehabt, an welcher auch der Civiladlatus des Generals, Ministerialrath Hoffmann, theilnahm. In Schleswig findet eine Dislocirung der preußischen Truppen statt.

Die „Nordd. Allg. Ztg." spricht über demnächst bevorstehende militärische Maßregeln. Bei jeder Mobilmachung muß Berlin eine bedeutende Truppenzahl, 15.000 Mann, stellen. Diese Gestellung möglichst rasch zu bewirken, erfordert vielseitige Anordnungen, welche theoretisch festgestellt sind, sich praktisch aber noch nicht bewährt haben. Es erscheint gefährlich, dies im Momente der Mobilmachung zu erproben, und es ist deshalb erwünscht, den Frieden zu benutzen, um die während desselben gemachten Erfahrungen auf wirkliche Mobilmachungen anzuwenden. Deshalb werden die im März in Berlin bevorstehenden Controlversammlungen benutzt werden, um die bei einer Mobilmachung aus Berlin zu stellenden Augmentationstruppen in derselben Weise, Geschwindigkeit und Zeitfolge, mit derselben Kraftanwendung, wie bei einer Mobilmachung, zur Gestellung zu beordren. Es erschien erforderlich, hierauf aufmerksam zu machen, um irrthümlichen Auslegungen vorzubeugen.

Aus Köln, 8. März, wird tel. gemeldet: Die Appellkammer des Landgerichts hat die Berufung des öffentlichen Ministeriums gegen die Freisprechung Classen-Kappelmanns seitens der Zuchtpolizei-Kammer wegen der Einladung zur Rheinfahrt verworfen. Die Gründe des ersten Richters seien durch die Ausführungen des öffentlichen Ministeriums nicht widerlegt.

Frankreich.

Paris, 7. März. Die Verhandlungen im gesetzgebenden Körper erregen hier mehr Aufsehen, als es in den letzten Jahren der Fall war. Wenn sich die Kammer bisher auch nur in Sachen von geringer Wichtigkeit gegen die Regierung erhoben hat, so ist das größere Publicum doch zufrieden, daß die Majorität sich nicht in jeder Beziehung als gefügiges Werkzeug erweist und zuweilen doch den Muth hat, ihre eigene Meinung zu haben. Erstaunen erregte es auch in Paris, daß die Regierung ganz ruhig zuhörte, als Herr Arman in seiner Rede über die Colonien ganz trocken prophezeite, dieselben würden bei nächstem Kriege verloren gehen. Dieses fiel um so mehr auf, als Granier aus Cassagnac, der im Namen der Commission und der Regierung zu sprechen schien, diese Eventualität als richtig zugab, indem er hinzufügte, „dieses sei gerade ein Grund, weßhalb man die Colonien Frankreich nicht gleichstellen dürfe." Zugleich erinnerte er daran, daß Napoleon I. Louisiana abgetreten habe, und man fragt sich, ob der Nachfolger Napoleon's I. etwa mit dem Gedanken umgehe, sich gänzlich aus Amerika zurückzuziehen, um sich dadurch die volle Freundschaft, vielleicht sogar die Unterstützung der Vereinigten Staaten zu sichern (?). Einige Reden der Oppositions-Deputirten haben übrigens gar nicht gefallen; Jules Favre's Rede über Rom machte im Quartier Latin wegen ihres Schlusses sogar viel böses Blut. Jules Favre hat seine ganze Popularität bei den Studenten verloren. Dieses Schicksal theilt er jedoch mit Victor Hugo, über den man vor einigen Tagen im Quartier Latin zu Gericht saß. Man erklärte ihn dort — aus welchen Gründen, weiß man nicht genau — für einen „Ehrgeizigen", verdammte und köpfte ihn in effigie, d. h. man schlug der Büste, die sich im Versammlungssaale befand, den Kopf herunter.

Wie der „Moniteur de l'Armee" anzeigt, scheint es gewiß zu sein, daß dieses Jahr die kaiserliche Garde das Lager von Chalons beziehen wird.

Prinz Napoleon ist am 28. Februar am Po-Ufer bei Pontelagoscuro, vis-à-vis dem österreichischen Gränzposten St. Maria Maddalena, erschienen, wo er längere Zeit den Strom und die Befestigungen besichtigte, der Gegend überhaupt viel Aufmerksamkeit zuwendete und dann nach Ferrara reis'te. Daß er jedoch nach Venedig kommen werde, ist höchst unwahrscheinlich. Auch dürfte er selbst den Besuch einer Stadt, wo sich die Sprößlinge der Bourbonen (Herzogin von Berry und Graf von Chambord) aufhalten, zu meiden geneigt sein. Andererseits wird die Nachricht dementirt, daß Prinz Napoleon die Absicht habe, die Alterthümer in Dalmatien zu besichtigen.

Aus Paris, 5. März, wird geschrieben: Heute ereignete sich in der Rue de Faubourg St. Honoré das Unglück, daß der ehemalige schleswig-holsteinische Lieutenant und jetzige Secretär bei der hiesigen sächsischen Gesandtschaft, Herr Braun, in der genannten Straße vor den Augen seiner jungen Frau von einem Omnibus überfahren wurde; die Räder gingen ihm über die Brust. Man brachte ihn nach dem in der Nähe gelegenen Hospital Beaujon. Um 3 Uhr Nachmittags lebte Braun noch; sein Zustand war aber ein verzweifelter.

Italien.

Aus Mailand erfährt die „Gen. Corr.", daß man Demonstrationen für Garibaldi und Mazzini befürchte, und zwar an dem Josephstage. Man will Garibaldi in der Nähe des Königs sehen und Mazzini zurückberufen haben.

Der „A. A. Z." wird aus Rom, 28. Februar geschrieben: Mit großer Geheimthuerei raunte man sich seit ein paar Tagen zu, daß vom Schreibtisch des h. Vaters eigenhändige Briefe des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Belgien oder Preußen entwendet worden seien.

Rußland.

Wie dem „Czas" aus Warschau geschrieben wird, soll die Verzehrungssteuer in den Städten des Königreichs Polen mit dem 1. Juli d. J. vollständig aufhören. Den Pächtern der Consumtions-Einnahmen sind bereits die früher auf längere Zeit mit der Regierung abgeschlossenen Contracte aufgekündigt worden.

Donaufürstenthümer.

Aus Bukarest, 3. März, wird geschrieben: Zwischen Rosetti und seinen Collegen im Ministerium ist bereits Todfeindschaft ausgebrochen. Rosetti steht im Begriff aus dem interimistischen Cabinet zu scheiden. Den Zankapfel zwischen ihm und Joan Ghika bildete die Nationalgarde-Frage. Die Nationalgarde würde C. A. Rosetti allmächtig und zum Dictator Rumäniens gemacht haben. Es war dieser Umstand mehr, als sonstige Voreingenommenheit gegen Volksbewaffnung, was die Opposition der anderen Minister in dieser Frage hervorrief.

Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, den 10. März.

* Gestern gab der hier rühmlich bekannte Pianist Herr Joseph Dulęba im k. k. polnischen Theater ein nicht so zahlreich als zu erwarten war besuchtes Concert. Eine gleichzeitig im Redoutensaal freundschaftlichst veranstaltete Generalprobe eines zweiten Concertes hat ein ziemlich großes Contingent von Liebhabern gediegener Musik fern gehalten, leider nicht fern genug, um den Zuhörern das unerbetene Accompagnement eines mächtigen Chorgesanges zu ersparen. Herr Dulęba hat seinen guten Ruf nicht nur bewährt, sondern auch Beweise eines rapiden Fortschrittes gegeben. Der junge Pianist gehört zu jenen Virtuosen, denen es nicht nur mit dem Cultus der Töne, sondern auch mit dem Cultus des Tones hoher Ernst. Es ist zwar schwer, von Disteln Feigen zu lesen, aber was gethan werden kann, dem seelenlosen Holz Innigkeit, Leben und Empfindung, dem Ton Dauer und reiche Nuancirung zu geben, wird von Herrn Dulęba redlich geleistet, er sucht mit den Fingerspitzen zu singen und er gebietet über eine große Stufenleiter von Tonschattirungen vom breitesten martellato bis zum sanft verklingenden sospirando. Hand in Hand mit dieser schätzenswerthen Eigenschaft geht eine bedeutende technische Fertigkeit, ein eleganter gut phrasirter Vortrag. Diese Vorzüge traten namentlich in Mendelssohn's g moll Concert hervor, trotz dem, daß bei diesem Stück ein minder guter Flügel die volle Wirkung seines Spieles beeinträchtigte. Besonders gut gelangen der Mittelsatz und das staccato des Finale. Die Orchesterbegleitung der von ihrem Capellmeister H. J. Wiedemann so trefflich geschulten Musik des Rgmts. König von Hannover ließ an Discretion und Präcision nichts zu wünschen übrig. Die übrigen Concertstücke Dulęba's waren Einzelnvorträge, die wohl nur mit Rücksicht auf die Vorführung verschiedener Spielarten gewählt mit wohlverdientem Beifall aufgenommen wurden. Chopins halb larmoyantes Scherzo (h moll) eignet sich weniger für den Concertsaal und Lißt's Campanella ist doch nur ein ganz triviales Geklingel, der Schluß war zudem überstürzt. Wiederholt gerufen spielte Dulęba noch Chopin's seelenvolle Elegie, die alle Welt unter dem banalen Namen „Trauermarsch" kennt.

* Zum Besten des neugegründeten „Vereins gegenseitiger Hilfe" der hiesigen Studirenden wird von diesen unter Mitwirkung von Dilettanten übermorgen, Montag, ein großes Concert im Redoutensaal veranstaltet, dessen Wahl wegen des voraussichtlich starken Besuches vor dem beschränkteren Saal des Sächsischen Hotels Vorzug erhalten. Das gleichfalls schon angekündigte Sonnabend-Concert zum Vortheil der unter Obhut des Vincenz de Paula-Verein stehenden Armen arrangirt eine andere Gesellschaft von Dilettanten.

* Mit Nächstem wird die Bühne eine neue Schöne, die „schöne Galathea" von Suppé, welche in Wien und Lemberg die beste Aufnahme gefunden, betreten. Die Partitur wird, wie wir hören, schon eifrig studirt. Heute über acht Tage soll die erste Aufführung stattfinden.

* Fürst Carl Jabłonowski, der neu designirte Curator der Skarbek-Stiftung, ist gestern hier nach Lemberg zur Uebernahme der Verwaltung durchgereist.

* In der Marien-Kirche werden jetzt fast allsonntäglich während des Hochamts Kirchencompositionen bekannter Meister mit sichtlich größerer Sorgfalt als früher aufgeführt, bei denen sich wohlgeschulte Stimmen, besonders ein sonorer weiblicher Alt, auszeichnen. Vorigen Sonntag war es ein „Ave Maria" von dem Warschauer Ziętarski, dessen mehrhändige Compositionen Abbé Liszt dem Papste vorgelegt und beiderseits, also von Kennerseite, Belobigungen, in einem Schreiben niedergelegt, erhalten. An den beiden nächsten Sonntagen werden dort Compositionen des erwähnten von Warschau hier eingetroffenen Hrn. Bogdan Borkowski zur Ausführung kommen u. z. morgen zum Offertorium ein großer Choral „Salve regina" für Einzelstimmen mit Orgelbegleitung, und am 18. d. eine Cantate „sub tuum præsidium" mit Begleitung von Streichinstrumenten.

†† Vor einigen Tagen wurde auf dem Kazimierz eine Brief-Tasche mit einem bedeutenden Geldbetrage gefunden und der Polizei-Direction übergeben.

* Am 7. d. wurde in Złoczów Basilius H. wegen Raubmords durch den Strang vom Leben zum Tode gebracht.

α In dem Bezirksorte Skawina wird am 16. d. eine k. k. Postexpedition eröffnet, welche sich mit dem Briefpostdienste und mit der postämtlichen Behandlung werthhältiger Sendungen bis zum Einzelngewichte von 3 Pfd. zu befassen und mit dem Postamte Mogilany mittelst täglicher Fußbotenposten in Verbindung zu stehen haben wird.

Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Die Unterhandlungen zwischen Regierung und Südbahn haben nach der „Debatte" vor einigen Tagen zu einer vorläufigen Uebereinkunft geführt, durch welche gewisse Cardinalpuncte behufs weiterer specieller Verhandlungen festgestellt wurden. Darnach verpflichtet sich die Südbahn-Gesellschaft: 1. den Hafen von Triest auszubauen. Die Südbahn wird 2. von ihrem Bahnhof in Venedig eine Zweigbahn bis zu jenem Canale bauen, an welchem die größten Seeschiffe anlegen können; 3. verzichtet die Südbahn auf die ihr zustehende Priorität für den Bau von Eisenbahnen auf dem rechten Donauufer im südlichen Ungarn, sowie auf die ihr zustehende Priorität für den Bau der Rudolphsbahn für die Dauer von fünf Jahren; wird 4—6 die Südbahn die Zweigbahnen Fiume- St. Peter, Kanisza-Fünfkirchen und Leoben-Bruck ausbauen; 7. verpflichtet sich die Südbahn, die Strecke Rovigo-Pontelagoscuro auszubauen, das letzte Mittelglied in der Welthandelslinie Brindisi-Ancona-Verona-Brenner. Die Südbahn wird 8. die Tarife auf ihrem sämmtlichen Bahnlinien bedeutend herabsetzen. (Dafür soll die Gesellschaft 40jährige Befreiung von der Einkommensteuer angesprochen haben.)

— Wie verlautet, hat die Direction der Creditanstalt selbst den Antrag gestellt, eine vierte Directorstelle zu creiren. Die Nothwendigkeit für die Creirung derselben ergibt sich aus der wahrhaft aufreibenden Thätigkeit, welche die Directoren jetzt entfalten müssen, um nur die laufenden Tagesgeschäfte aufarbeiten zu können.

Wien, 9. März, Nachm. 2 Uhr. [Czas.] Met. 60.60. — Nat.-Anl. 63.25. — 1860er Lose 79.26. — Bankactien 731. — Credit-Actien 142.—. — London 102.35. — Silber 101.90. — Ducat 4.90.

Berlin, 8. März. Böhmische Westbahn 70½. — Gal. 77. Staatsb. 109. — Freiwill. Anlehen 99¼. — 5perc. Met. 60. — Nat.-Anl. 62¼. — Credit-Lose 75¼. — 1860er-Lose 78⅞. — 1864er Lose 48½. — 1864er Silber-Anleh. 66⅞. — Credit-Actien 71. — Wien 97⅞.

Frankfurt, 8. März. 5perc. Met. 58¼. — Anlehen vom Jahre 1859 68⅝. — Wien 115¼. — Bankactien 847. — 1854er Lose fehlt. — Nat.-Anleh. 60¾. — Cred.-Actien 164.50. — 1860er Lose 78¼. -- 1864er Lose 85. — 1864er Silber-Anlehen 65¾. — American. 73⅞.

Hamburg, 8. März. Nat.-Anl. 61¼. — Credit-Act. 69⅝. 1860er Lose 77¼. — American. fehlt. — Wien fehlt.

Paris, 8. März. Course von 1 Uhr Mittags: 3percentige Rente 69.62. — Credit-Mob. 697. — Lombard 416. — Staatsbahn 86¾. — Piem. Rente 62.50. — Staatsbahn fehlt. — Oesterr. Anl. 343.75.

Paris, 8. März. Schlußcourse: 3percentige Rente 69.67. — 4½perc. Rente 97.25. — Staatsbahn 408. — Credit-Mobilier 701. — Lombard 420. — Oester. 1860er Lose 1017. — Oesterr. Anleihe 345.— — Piemont. Rente 62.45.

Consols 86¾, pro April 87¼ gemeldet.

Amsterdam, 8. März. Dort verz. 74⅛. — 5perc. Met. 55⅞. -- 2½perc. Met. 28$\frac{5}{16}$. — Nat.-Anl. 57¼. — Silber-Anlehen 61½. — Wien 112½.

London, 8. März. Schluß-Consols 86⅞. — Lomb. Eis.-Actien 16¼. — Silber fehlt. — Wien fehlt. — Türkische Consols 37¾. — Angl. Aust. fehlt. — Amer. fehlt.

London, 8. März. Wochenausweis der englischen Bank: Notenumlauf 20,734.325 Pf. St., Abnahme 33.775 Pf. St., Metallvorrath 14,050.504 Pf. St., Zunahme 83.930 Pf. St., Notenreserve 7,416.245 Pf. St., Zunahme 71.140 Pf. St. Heute wurden 85.000 Pf. St. eingezahlt.

Lemberg, 7. März. Holländer Ducaten 4.83 Geld, 4.90 Waare. — Kaiserliche Dukaten 4.85 Geld, 4.92 W. — Russischer halber Imperial 8.43 G., 8.52 W. — Ruff. Silber-Rubel ein Stück 1.56 G., 1.59 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.29 G., 1.31 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.51 G., 1.53 W. — Gal. Pfandbriefe in öftr. W. ohne Coup. 62.12 G., 62.83 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 65.26 G., 66.10 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 63.58 G., 64.38 W. — National-Anlehen ohne Coup. 62.83 G. 63.60 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 155.42 G. 158.33 W.

Krakauer Cours am 9. März. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 115 verl., 112 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 124 verl. 121 gez. — Poln. Pfandbriefe mit Coupons fl. p. 100 fl. pol. 84½ verlangt, 82½ bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 518 verl., 508 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 131½ verl., 128½ bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 152½ verl., 150½ bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 99½ verl., 98½ bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung 102 verl., 101 bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 4.82 verl. 4.82 bez. -- Napoleondors fl. 8.25 verl., fl. 8.10 bez. — Russische Imperials fl. 8.45 verl., fl. 8.30 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 64.— verl. 63.— bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 67.— verl., 66.— bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 66.50 bez. 65.50 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn. ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 158¼.— verl., 154½.— bez.

Neueste Nachrichten.

Der „Czas" schreibt: „Wir haben geschrieben, daß nach Fortführung des Warschauer Erzbischofs Hochw. Feliński und dann seines Nachfolgers des Administrators der Erzdiöcese Hochw. Rzewuski nach dem inneren Rußland, der der Reihe nach zum Nachfolger bestimmte Hochw. Szczygielski in der Citadelle festgesetzt worden. Die „Krakauer Zeitung" setzte in dieses Ereigniß Zweifel, heute aber sagt sie, indem sie die irrige Nachricht des „Dresdner Journals", welche von der Abführung des Hochw. Szczygielski nach Rußland spricht, anführt: „„Das lautet denn doch anders als dem „Czas" geschrieben wurde. Von einer Verhaftung Szczygielski's hätte der Telegraph gewiß Meldung gethan."" Also Hochw. Szczygielski ist nicht gefangen gesetzt worden, sondern hat einen freiwilligen Ausflug gemacht? Fürst Czerkaski wird diese Vertheidigung einer neuen an katholischen Priestern begangenen Gewaltthat nicht vergessen." Es genügt oft die wörtliche Wiederholung einer gewissen Art von Invectiven, um den Gegner zu charakterisiren. Das „Dresd. J." bringt eine Version, das russenfresserische Journal eine zweite; welche ist die richtige? Offenbar die erste, weil — diese Schlußfolgerung scheint uns unumstößlich — s. Z. der Telegraph und seither andere Mittheilungen gewiß dessen erwähnt hätten, wenn die russische Regierung einer so schreienden Gewaltthat wie der Verhaftung des Administrators sich schuldig gemacht hätte. Natürlich paßt das dem „Czas" nicht in den Kram. Uebrigens haben wir die russische Regierung nicht vertheidigt, sondern nur eine sehr suspect lautende Nachricht des „Czas" bezweifelt und mit Recht, denn es ist ein Factum und der „Czas" bestätigt in derselben Nummer, in welcher er gegen uns loszuziehen wagt, daß Szcygielski nicht in der Warschauer Citadelle gefangen sitzt. Der „Czas" läßt sich zwar schreiben, daß Szczygielski in seiner Wohnung gefangen gehalten werde, wir wollen die Bestätigung auch dieser Nachricht abwarten, die fast wie ein pater peccavi lautet und wohl nur die erste Etappe auf dem Rückzug sein dürfte, welchen der „Czas" nothgedrungen antritt.

Pest, 9. März. „Magyar Világ" hebt hervor, daß das k. Rescript das, was die Adresse über Octoberdiplom und Februarpatent sagt, schweigend acceptire, hingegen die Erklärung des Landtages, daß er hinsichtlich der gemeinsamen Angelegenheiten besondere Vorschläge unterbreiten werde, mit lebhafter Anerkennung aufnehme. Die Centralisten mögen das Rescript vom Jahre 1861 mit dem gegenwärtigen vergleichen und dann noch versuchen, jemanden zu bereden, daß Ungarn mit dem Reichsrathe ebenso hätte unterhandeln können, wie mit der gegenwärtigen Regierung.

Im „Hirnök" bespricht Graf G. Andrassy die Rechtscontinuität vom nationalen Gesichtspuncte und sagt: Wenn zur Zeit des Abschlusses der pragmatischen Sanction eine möglichst gesonderte Stellung unseres Vaterlandes in unserem Interesse war, so können wir heute die Erfüllung der berechtigten Wünsche und Bedürfnisse der Nation nur auf dem entgegengesetzten Wege, durch die möglichste Annäherung an die übrigen Theile der Monarchie erlangen.

Altona, 9. März. Die „Schleswig-Holstein'sche Zeitung" bringt folgende Mittheilung aus Kiel: Der Statthalter habe aus Wien die Antwort des kaiserlichen Cabinets in Betreff der Adelsadresse und der Landesregierung empfangen, welche das pflichtgemäße, nur der Aufrechthaltung der Gesetze gewidmete Wirken der Landesregierung anerkennt und die Gefühle gerechtfertigt erklärt, mit welchen die Landesregierung die Beschwerden über die Landesverwaltung zurückwies. Das Wiener Cabinet theile die Ansicht des Statthalters, das eine gerichtliche Verfolgung der Unterzeichner der Adresse dem Geiste der kais. Administration nicht entsprechend sei; es liege aber nicht die geringste Veranlassung für die Landesregierung vor, um Enthebung von ihren Functionen zu bitten, welchen dieselbe stets in der anerkennenswerthesten Weise nachgekommen ist.

Kopenhagen, 8. März. In der heutigen Sitzung des Reichsraths-Folkethings fanden lebhafte Debatten statt über die Pensionsbewilligung an die Beamten, welche durch die Resultate des letzten Krieges ihre Stellung verloren haben. Bille fragt an, ob es wahr sei, daß Oesterreich die Beschlüsse der internationalen Finanzcommission auszuführen verweigere, weil Dänemark die Auslieferung der Archive beanstande. Der Finanzminister verneint dies, erklärt sich jedoch außer Stande, bestimmte Aufschlüsse über das Eintreffen der Ratificationen mitzutheilen. Viele Redner verlangen, die Entscheidung in der Pensionsfrage solle ausgesetzt werden, bis die Ratificationen vorliegen. Schließlich wird die ganze Sache abermals der Commission überwiesen.

Triest, 8. März. (Neueste Levantepost). Constantinopel, 3. März. Ali Pascha erklärt in der Gesandtenconferenz, die Absetzung Cusas anullire ipso facto die Vereinigung der beiden Fürstenthümer, stellt den status quo ante her und die Pforte werde, von dem vertragsmäßigen Rechte Gebrauch machend, einen von den Gesandten delegirten Commissär nach Bukarest schicken, um bis zur Ernennung zweier neuer Fürsten die provisorische Regierung zu übernehmen. Auf die Gegenvorstellungen der Gesandten wurde beschlossen, die Instructionen der Mächte abzuwarten. Der Commandant von Schumla erhielt Befehl sich zum Marsche an die Gränze bereit zu halten. — Die Choleraconferenz hielt drei Sitzungen, ohne über den französischen Vorschlag wegen Suspendirung der Communication zwischen Aegypten und den Küsten von Hedschas im Falle eines Ausbruchs der Cholera einen Beschluß zu fassen.

Aus Tiflis 10. Februar wird gemeldet: Der Emir von Bokhara habe alle Opposition gegen die türkische Politik in Kokan aufgegeben und sich nach Bokhara zurückgezogen.

Telegraphischer Landtagsbericht.

Prag, 9. März. Zeithammer und Genossen interpelliren den Regierungsvertreter wegen eines Artikels der „Oesterr. Ztg." über die Vorgänge in Böhmen und dessen Wiederabdruck in der „Prag. Ztg." — Der Regierungsvertreter Statthaltereirath Bach sagt die Beantwortung dieser Interpellation für demnächst zu.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. **A. Boczek.**

K. k. Theater in Krakau. Morgen: „Die schöne Helena", komische Oper von Offenbach. Uebermorgen: „Uriel Acosta" von Gutzkow zum Benefiz des H. Woller.

Amtsblatt.

N. 542/pr. **Concurs-Ausschreibung.** (262. 2-3)

Bei dem k. k. Oberlandesgerichte in Krakau ist eine Rathsstelle mit dem Jahresgehalte von 2625 fl. ö. W. und im Falle der graduellen Vorrückung mit dem Jahresgehalte von 2100 fl. ö. W. in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre vorschriftsmäßig belegten Gesuche unter Nachweisung der Kenntniß der polnischen Sprache binnen vier Wochen vom Tage der dritten Einschaltung dieser Kundmachung in der Wiener Zeitung im vorgeschriebenen Wege an das k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium zu überreichen.

Verfügbare Beamte haben insbesondere nachzuweisen, in welcher Eigenschaft und von welchem Zeitpuncte an, sie in den Stand der Verfügbarkeit versetzt worden sind, und bei welcher Casse sie ihre Disponibilitätsgenüße beziehen.

Vom Präsidium des k. k. Oberlandesgerichtes.

Krakau, am 7. März 1866.

Z. 765. **Kundmachung.** (269. 2-3)

Aus Anlaß der Vorbereitungen zu der am 30. April 1866 vorzunehmenden 16. Verlosung der Grundentlastungs-Schuldverschreibungen für das Großherzogthum Krakau und für das Verwaltungsgebiet Krakau von Galizien, wird bei der k. k. Grundentlastungsfondscasse in Krakau vom 16. März d. J. angefangen, jede Umschreibung der Schuldverschreibungen, insofern die neu auszustellenden Schuldverschreibungen eine andere Nummer erhalten müssen, sistirt.

Nach Kundmachung des Resultats der am 30. April 1866 vorzunehmenden Verlosung wird die Umschreibung wieder vorgenommen werden.

Von der k. k. Grundentlastungsfonds-Direction.

Krakau, am 6. März 1866.

Z. 6710. **Ankündigung.** (263. 2-3)

Laut besonderer schriftlicher Ankündigung werden im Präsidial-Bureau der k. k. Finanz-Landes-Direction in Krakau bis zum 20. März 1866, 10 Uhr Vormittags schriftliche Offerte auf die Pachtung der früher als Holz- und Kohlen-Niederlage benützten ärarischen Realität Nr. 293 in Krakau entgegengenommen.

Krakau, am 3. März 1866.

L. 4501. **Edykt.** (265. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie wiadomo czyni, że wskutek prośby towarzystwa kredytowego galicyjskiego z dnia 6 marca 1866 do l. 4501 publiczna przymusowa sprzedaż dóbr Czechówka w powiecie Podgórskim położonych, p. Szczepana Starowiejskiego własnych, w trzecim terminie nie na dniu 15 marca 1866, lecz na dniu 18 lipca 1866 o godzinie 10 rano w c. k. Sądzie krajowym w Krakowie pod warunkami, edyktem tegóż Sądu z dnia 13 listopada 1865 do l. 20446 objętemi, który to edykt w gazecie „Krakauer Zeitung" nr. 284, 285 i 286 w roku 1865 ogłoszony został, przedsięwziętą będzie.

Kraków, dnia 7 marca 1866.

Z. 7472. **Edict.** (264. 2-3)

Vom k. k. Bezirksgerichte Biala wird kundgemacht, daß in Folge des Begehrens der Gläubiger des Moses Thieberger nach § 80 G. O. über das wo immer befindliche bewegliche, und über das in den Kronländern, in denen die Jurisdictionsnorm vom 20. November 1852 Nr. 251 R. G. B. gilt, gelegene unbewegliche Vermögen des Hrn. Moses Thieberger aus Lipnik, der Concurs eröffnet wird. Es werden somit Alle, welche eine Forderung an Moses Thieberger zu stellen haben, mittelst dieses Edictes vorgeladen, und denselben aufgetragen, daß sie ihre auf was immer für Rechte sich gründenden Ansprüche gegen den in der Person des Herrn Advocaten W. C. Ehrler in Biala bestellten Cridamassavertreters bis zum 21. April 1866 anmelden und liquidiren sollen, widrigens sie von dem vorhandenen Vermögen, so weit solches die in der Zeit sich anmeldenden Gläubiger erschöpfen, ungehindert des auf ein in der Massa befindliches Gut habenden Eigenthums- oder Pfandrechtes, oder eines ihnen zustehenden Compensationsrechtes, abgewiesen sein, und im letzteren Falle zur Abtragung ihrer gegenseitigen Schuld in die Massa angehalten werden würden.

Unter Einem wird zum provisorischen Verwalter dieser Cridamassa Herr Advocat W. C. Ehrler bestellt; zugleich wird zur Bestätigung des Bestellten, oder Wahl eines neuen Vermögensverwalters, dann zur Wahl eines Gläubigerausschusses die Tagfahrt auf den 26. April 1866 um 9 Uhr Vorm. anberaumt, bei welcher sämmtliche Gläubiger so gewißer zu erscheinen haben, als sonst dieselben als dem Beschluße der Mehrheit der Erschienenen beigetreten, angesehen werden würden.

K. k. Bezirksamt als Gericht.

Biala, den 31. Dezember 1865.

L. 3750. **Edykt.** (252. 3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Dawida Tynberga, że przeciw niemu p. Matylda Drobner pod dniem 24 lutego 1866, l. 3750 o zapłacenie sumy wekslowéj 300 zła. w. a. z przyn. wniosła pozew, w załatwieniu tegóż pozwu wydanym został dnia 27 lutego 1866 nakaz zapłaty téjże sumy wekslowéj.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebespieczeństwo jego tutejszego adwokata p. Dra. Koczyńskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania wekslowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanemu, aby w wyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrał i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sam sobie przypisaćby musiał.

Kraków, dnia 27 lutego 1866.

Z. 7458. **Kundmachung.** (272. 1-3)

Ueber Präsentation der Frau Antonina Skarbek Borowska geb. Niezabitowska wurde vom Schul-Jahre 1865/6 angefangen

1. dem Schüler der 1. Classe an der Lemberger Oberrealschule Heinrich Freiherrn Horoch ein Stipendium im jährlichen Betrage von 210 fl. ö. W. und
2. dem Schüler der VII. Classe an dem Lemberger II. Obergymnasium Wilhelm Stadnicki ein Stipendium im jährlichen Betrage von 157 fl. 50 kr. ö. W.

verliehen.

Von der k. k. Statthalterei.

Lemberg, am 24. Februar 1866.

Obwieszczenie.

Na przedstawienie pani Antoniny Skarbek Borowskiéj z domu Niezabitowskiéj, nadaném zostało począwszy od roku szkolnego 1865/6:

1. Henrykowi baronowi Horoch, uczniowi 1 klasy wyższéj szkoły realnéj we Lwowie, stypendyum w rocznéj kwocie 210 zła. wal. austr.
2. Wilhelmowi Stadnickiemu, uczniowi 7 klasy na II. gimnazyum wyższém we Lwowie, stypendyum w rocznéj kwocie 157 zła. 50 ct. w. a.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, 24 lutego 1866.

L. 52. **Obwieszczenie.** (248. 3)

C. k. Sąd powiatowy Dąbrowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż spadkobiercy ś. p. Ignacego i Wiktoryi małżonków Sawickich przez ich pełnomocnika p. Dra. Kaczkowskiego w Tarnowie dnia 10 stycznia 1866 do l. 52 wnieśli pozew przeciw małoletniemu Władysławowi Godzińskiemu, pani Honoracie Godzińskiéj, a wszystkim tym, którzyby jakiekolwiek prawa do indemnizacyi folwarku Nadgłoszczyzna w Radgoszczy, obwodu Tarnowskiego a powiatu Dąbrowskiego położonego rościć sobie mogli, o orzeczenie, że kapitał indemnizacyjny tego folwarku jest własnością spadkobierców ś. p. Ignacego i Wiktoryi małżonków Sawickich, zaś renty od tego kapitału spadkobierców ś. p. Leopolda Witkowskiego, wskutek czego termin na dzień 28 kwietnia 1866 o godz. 10 zrana wyznaczony jest.

Celem zastąpienia zapozwanych z imienia i z miejsca pobytu niewiadomych, ustanawia c. k. Sąd powiatowy na koszt i niebespieczeństwo ich tutejszego c. k. notaryusza p. Domaradzkiego kuratorem, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem zapozwanym z imienia i miejsca pobytu niewiadomym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sami osobiście stanęli, lub téż potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielili, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrali i o tém c. k. Sądowi powiatowemu donieśli, ogólnie wszelkie do bronienia prawem przepisane środki użyli, inaczéj z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisaćby musieli.

Dąbrowa, 24 lutego 1866.

Nr. 1957. **Concurs.** (274. 1-3)

Zu besetzen ist die Postexpedientensstelle in Niepołomice gegen Dienstvertrag und Erlag einer Dienstcaution von 200 fl.

Die Bezüge bestehen aus einer Jahresbestallung von 120 fl., einem Amtspauschale von 36 fl. und einem Botenpauschale von 230 fl. jährlich für die Unterhaltung der täglichen Botenfahrten nach und vom Bahnhofe in Podłęże.

Bewerber haben ihre Gesuche unter Nachweisung der gesetzlichen Erforderniße binnen drei Wochen bei der Post-Direction in Lemberg einzubringen, und wird bei sonstigen Umständen auf jene, die die Botenfahrten um ein geringeres Pauschale zu besorgen geneigt wären, Rücksicht genommen werden.

Von der k. k. galiz. Postdirection.

Lemberg, am 8. März 1866.

Z. 5333. **Kundmachung.** (275. 1-3)

Am 11. d. M. wurde von den Propinationswächtern auf den Feldern unterhalb des Dorfes Tarnowiec ein dem Anscheine nach unzeitiges, jedoch förmlich ausgebildetes todtes Kind männlichen Geschlechtes in Fetzen eingewickelt, vorgefunden.

Da die Umstände auf die Abtreibung der Leibesfrucht hindeuten, so wird Jedermann, der über die unnatürliche Mutter Wissenschaft haben sollte, aufgefordert, dem Gerichte seines Wohnortes die bezüglichen Verdachtsgründe anzuzeigen.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 6. März 1866.

Anzeigeblatt.

Wiener Börse-Bericht

vom 8. März.

Offentliche Schuld.

	Geld	Waare
A. Des Staates.		
In Oestr. W. zu 5% für 100 fl.	57.—	57.20
Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. mit Zinsen vom Jänner — Juli	63.25	63.35
vom April — October	63.15	63.25
Metalliques zu 5% für 100 fl.	60.70	60.80
dtto „ 4½% für 100 fl.	53.75	54.25
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	144.—	145.—
„ 1854 für 100 fl.	74.75	75.25
„ 1860 für 100 fl.	88.50	88.75
Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl.	72.80	73.—
„ „ „ zu 50 fl.	—.—	—.—
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr.	16.—	16.50
B. Der Kronländer.		
Grundentlastungs-Obligationen		
von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl.	80.—	80.50
von Mähren zu 5% für 100 fl.	79.50	80.50
von Schlesien zu 5% für 100 fl.	87.—	88.—
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	84.—	86.—
von Tirol zu 5% für 100 fl.	—.—	—.—
von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	84.—	88.—
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	66.50	67.25
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	63.75	64.50
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	67.—	69.—
von Galizien zu 5% für 100 fl.	63.75	64.50
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	60.75	61.50
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	63.—	63.75
Actien (pr. St.)		
der Nationalbank	733.—	735.—
der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W.	142.40	142.50
der Niederöst. Escompte-Gesellf. zu 500 fl. ö. W.	560.—	565.—
der Kaif. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M.	1515.	1517.
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. C.M. oder 500 Fr.	164.70	164.90
der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr.	167.50	168.—
der Kaif. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. C.M.	117.—	117.50
der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. C.M.	155.50	156.—
der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Gef. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz.	72.50	73.—
der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	139.25	139.75
der Süd-nordd.-Verbind.-B. zu 200 fl. C.M.	107.—	107.50
der Theisb. zu 200 fl. C.M. mit 140 fl. (70%) Einz.	147.—	147.—
der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. C.M.	452.—	453.—
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. C.M.	212.—	214.—
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W.	—.—	375.—
der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. C.M.	—.—	360.—
Pfandbriefe		
der Nationalbank auf C.-M. 10jährig zu 5% für 100 fl.	104.50	105.—
verlosbar zu 5% für 100 fl.	91.30	91.50
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	86.80	87.—
Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl.	62.—	63.—
Lose		
der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W.	114.—	114.50
Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. C.M.	78.50	79.—
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. C.M.	109.50	110.50
„ „ zu 50 fl. C.M.	48.—	48.50
Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W.	23.—	23.50
Esterhazy zu 40 fl. C.Mze	78.—	80.—
Salm zu 40 fl. „	26.50	27.—
Palffy zu 40 fl. „	22.50	23.—
Clary zu 40 fl. „	24.—	24.50
St. Genois zu 40 fl. „	20.75	21.—
Windischgrätz zu 20 fl. „	15.50	16.—
Waldstein zu 20 fl. „	18.75	19.25
Keglevich zu 10 fl. „	13.25	13.50
K. k. Hoffpitalfond zu 10 fl. österr. Währ.	12.—	12.50
Wechsel. 3 Monate.		
Bank- (Platz-) Sconto		
Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5%	85.80	86.—
Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 4½%	85.90	86.—
Hamburg, für 100 M. B. 4%	76.20	76.30
London, für 10 Pf. Sterl. 7%	102.20	102.75
Paris, für 100 Francs 4%	40.70	40.70

Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours fl.	kr.	fl.	kr.	Letzter Cours fl.	kr.	fl.	kr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	4	90	—	—	4	90	4	91
„ vollw. Dukaten	4	90	—	—	4	90	4	91
Krone	—	—	—	—	—	—	—	—
20 Francstücke	—	—	—	—	8	21	8	23
Russische Imperiale	—	—	—	—	8	42	8	45
Silber	—	—	—	—	102	10	102	20

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

Abgang

von **Krakau** nach **Wien** 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach **Breslau**, nach **Ostrau** und über **Oderberg** nach **Preußen** und nach **Warschau** 8 Uhr Vormittags; — nach **Lemberg** 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach **Wieliczka** 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach **Krakau** 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach **Krakau** 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach **Krakau** 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

Ankunft

in **Krakau** von **Wien** 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von **Breslau** 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von **Warschau** 9 Uhr 45 Min. Früh; — von **Ostrau** über **Oderberg** aus **Preußen** 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von **Lemberg** 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von **Wieliczka** 6 Uhr 15 Min. Abends. —

in **Lemberg** von **Krakau** 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.

Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**